STADT NORDEN

Niederschrift

über die Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses (06/WiFi/2011)

am 07.02.2011

im Sitzungszimmer des Rathauses

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Wirtschafts- u. Finanzausschusses am 29.11.2010
-öffentlicher Teil-
1267/2010/1.1
7. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Berichte der Geschäftsführung
8. Wirtschaftsförderprogramm 2009 der Stadt Norden - Sachstandsbericht 2. Halbjahr 2010
1306/2011/3.2
9. Sachstandsbericht Breitbandversorgung
1307/2011/3.2
10. Sachstandsbericht zur interkommunalen Klimaschutzinitiative
1308/2011/3.2
11. Regionales Übergangsmanagement Norden "Übergang Schule - Beruf - Studium" - Sachstandsbericht
1309/2011/3.2
12. Wiedereinführung des früheren Kfz.-Kennzeichens "NOR"
1321/2011/3.2
 - . Unterbrechung der Sitzung
 - . Fortsetzung der Sitzung
13. Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 einschließlich der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN sowie Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009
 - a) Beschlussfassung über die Jahresrechnungen und die Jahresabschlüsse
 - b) Entlastung der Bürgermeisterin
1265/2010/1.1
 - . Jahresrechnungen einschließlich der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN für die Haushaltsjahre 2008 und 2009

- a) Beschlussfassung über die Jahresrechnungen und die Jahresabschlüsse
- b) Entlastung der Bürgermeisterin

1265/2010/1.1/1

- 14. Überörtliche Prüfung der Stadt Norden
-Haushaltsjahre 2007 bis 2009 -

1288/2011/1.1

- 15. Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen

1299/2011/1.1

- 16. Informationen zur Bürgeranleihe

1291/2011/1.1

- 17. Dringlichkeitsanträge

- 18. Anfragen

- 19. Wünsche und Anregungen

- 20. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vertretung:

Beigeordnete Kleen ist für den Ratsherrn Hinrichs erschienen.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die Tagesordnung wird beschlossen. Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen zur Bekanntgabe vor.

zu 5 Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

zu 6 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Wirtschafts- u. Finanzausschusses am

29.11.2010
-öffentlicher Teil-
1267/2010/1.1

Sach- und Rechtslage:

Entfällt.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss beschließt:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

zu 7 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Berichte der Geschäftsführung

Der Geschäftsführer der Wirtschaftsbetriebe Schrock-Opitz und der Wasserbauexperte Herr Wolf-Dietmar Starke berichten in Form einer Powerpoint-Präsentation über den geplanten Wassersport- und Badepolder.

Die entsprechenden Unterlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beigeordneter Wilffang hat einige Fragen zum vorgestellten Projekt

- Ist ein kombinierter Bade- und Wassersport bei einer Fläche von 2,5 ha möglich?
- Welche Alternativen gibt es zum Badepolder?
- Was kostet die Sanierung des Freibades?
- Wie hoch ist die Förderung des Landes Niedersachsen für den Bau des Badepolders?
- Wo sollen die 40.000 zusätzlichen Gäste herkommen?
- Hygiene ist nicht ausreichend berücksichtigt, denn es ist eine Grundbelastung durch die Nordsee vorhanden, etc. Deshalb muss eine tägliche Untersuchung der Wasserqualität durchgeführt werden. Wie hoch sind die Kosten hierfür?
- In welcher Höhe ist eine Deckung durch den Kurbeitrag möglich?
- Wie finanziert sich der laufende Betrieb?

Herr Geschäftsführer Schrock-Opitz sieht sich heute nicht in der Lage, diese umfangreichen Fragen abschließend beantworten zu können.

1. Stadtrat Eilers sagt eine Protokollierung der Fragen und weitere Bearbeitung durch die Geschäftsführung der Wirtschaftsbetriebe zu.

Ratsherr Look hätte sich eine gemeinsame Sitzung des Bau- und Wirtschaftsausschusses gewünscht. Die wasserbauliche, naturschutzrechtliche und finanztechnische Beratung solle öffentlich im Rat behandelt werden.

Ratsherr Look lehnt das Projekt ab. Auch für ihn sei es wichtig, dass Alternativen dargelegt werden. Wie viel würde z. B. die Sanierung/Modernisierung des Freibades kosten. Ebenso soll die Frage des Patentschutzes geklärt werden. Er stellt die Zahlen der touristischen Entwicklung in Frage. Außerdem fehlen ihm die Folgekostenberechnungen sowie die Gäste-/Bürgerbeteiligung. Auch die Naturschutzverbände seien in das Projekt bisher nicht einbezogen.

Ratsfrau Albers fordert ebenfalls Alternativplanungen mit konkreten Zahlen. Außerdem sollte überlegt werden, ob die Einschätzung richtig sei, dass bei veränderter Gästestruktur diese Veränderung auch gewünscht sei oder ob ein modernisiertes Freibad bevorzugt werde. Auch die evtl. patentrechtlichen Kosten müssen aufgezeigt werden.

Vorsitzender Lütkehus fasst zusammen, dass die offenen Fragen alle beschäftigen, die Finanzierung geklärt werden müsse und das ganz Projekt noch ein völlig offener Prozess sei.

Auch Beigeordneter Wimberg führte aus, wie wichtig es sei, dieses Thema zu diskutieren, da viele Fragen noch offen seien. Fördermittel seien notwendig. Die Praxisnähe bringe nicht die Bedenken, sondern die Frage, wie sich Norddeich touristisch weiterentwickeln solle. Hierfür müsse der Finanzrahmen abgesteckt werden. Es dürfe kein zeitlicher Druck entstehen.

Vorsitzender Lütkehus schließt den Tagesordnungspunkt. Dieser werde für die nächste Sitzung wieder auf die Tagesordnung gesetzt um die offenen Fragen zu klären.

zu 8 Wirtschaftsförderprogramm 2009 der Stadt Norden - Sachstandsbericht 2. Halbjahr 2010
1306/2011/3.2

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 4. Dezember 2008 das Wirtschaftsförderungsprogramm 2009 beschlossen. Der Wirtschaftsförderungsbeirat tagte im zweiten Halbjahr 2010 zweimal (2010 insgesamt: fünf Sitzungen).

Die nachfolgenden Informationen spiegeln die hohe Akzeptanz und die positive Resonanz, bezogen auf das Wirtschaftsförderungsprogramm, wieder:

- Es wurden 20 Antragsverfahren (2009 gesamt: 32) eingeleitet, die in jedem Einzelfall umfangreiche Beratungsgespräche umfassten. In 11 Fällen (2009 gesamt: 13) kam es zu konkreten Antragstellungen.
- Der Beirat hat über neun Anträge (2009 gesamt: 12) entschieden, sieben Ablehnungen (2009 gesamt: acht) stehen zwei Bewilligung (2009 gesamt: zwei) gegenüber. Zwei Anträge wurden zunächst zurückgestellt.
- In den beiden o.g. Fällen wurde jeweils ein Darlehn in Höhe von 10.000 € ausgezahlt, die Gesamtsumme für das Jahr 2009 betrug ebenfalls 20.000 €. In acht Fällen (2009 gesamt: 6) konnten zusätzliche Wirtschaftsfördermittel des Landkreises Aurich, in einer Gesamthöhe von 127.175 €, eingeworben werden.
- Die Zins- und Tilgungsbeträge werden im Einzugsverfahren von der Stadtkasse vereinnahmt. Bisher kam es bei der Abwicklung zu keinerlei Problemen.
- Im Jahre 2010 betragen die Zinseinnahmen insgesamt 1.538,86 € und die vereinnahmten Tilgungsraten beliefen sich auf 24.608,94 €.

Weitere Einzelheiten können in der Sitzung mündlich vorgetragen werden.

Verw.-Ang. Swyter gibt Erläuterungen zur Sitzungsvorlage.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 9 Sachstandsbericht Breitbandversorgung
1307/2011/3.2**

Sach- und Rechtslage:

Hinsichtlich des Ortsteils Leybucht polder konnte im Rahmen eines landesweiten Förderprogramms eine Verbesserung des leitungsgebundenen Breitbandnetzes erzielt werden. Die EWE AG hatte im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens (IBV) eine Wirtschaftlichkeitslücke nachgewiesen und somit für den Netzausbau im Ortskern Fördermittel erhalten. Die Maßnahme ist bereits umgesetzt.

Bezüglich der Ortsteile Westermarsch I und II wurde in Zusammenarbeit mit dem LK Aurich ebenfalls ein IBV durchgeführt. Hierbei wurden Angebote von mehreren Funkanbietern eingereicht. Diese dienen als Grundlage für einen zwischenzeitlich vom LK gestellten Förderantrag, an das niedersächsische Landwirtschaftsministerium. Das Antragsverfahren ist derzeit noch anhängig.

Der Ortsteil Neuwesteel war ebenfalls Gegenstand des vorgenannten IBV's. Für einen Ausbau des dortigen Breitbandnetzes wurde kein Angebot abgegeben. Somit konnte eine Aufnahme in das laufende Förderverfahren beim Landwirtschaftsministerium nicht erfolgen. Sobald über den vorgenannten Förderantrag für die Ortsteile Westermarsch I und II entschieden ist, soll das Gespräch mit dem für dies Gebiet beauftragten Funkanbieter gesucht werden. Zielsetzung ist eine umfassende Funklösung für den Bereich Westermarsch I und II, Neuwesteel und Leybucht polder (außer Ortskern – siehe oben). Die betreffenden Ortsvorsteher sowie BürgerInnen und Bürger sollen frühzeitig in den Prozess eingebunden werden.

In Zusammenarbeit mit den Partnerkommunen aus dem Regionalmanagement Tourismusdreieck (Juist, Norderney und Baltrum) wurde zwischenzeitlich ein weiteres IBV durchgeführt. Ziel dieses Pilotprojektes ist es, den Gästen in touristisch stark genutzten Gebieten einen kostengünstigen öffentlichen Internetzugang zu ermöglichen. Hierzu sollen „Hotspots“ eingerichtet werden, die einen schnellen kabellosen Internetzugang gewährleisten. Von einem Funkanbieter wurde ein Angebot eingereicht, das derzeit von den REM-Partnern geprüft wird. Noch im Frühjahr soll die Entscheidung über eine Projektrealisierung, mit entsprechenden Fördermitteln des nds. Wirtschaftsministeriums, getroffen werden.

In Zusammenarbeit mit dem Landkreis Aurich und der EWE AG konnte im letzten Jahr ein Ausbau des Breitbandnetzes im Gewerbe- und Dienstleistungspark realisiert werden. Das dortige Angebot wird nunmehr den Anforderungen an einen modernen Gewerbestandort gerecht.

Verw.-Ang. Swyter gibt Erläuterungen zur Sitzungsvorlage.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 10 Sachstandsbericht zur interkommunalen Klimaschutzinitiative
1308/2011/3.2**

Sach- und Rechtslage:

Bereits im Jahre 2008 wurden die Ratsmitglieder über die Absicht der Verwaltung unterrichtet, ein Regionales Klimaschutzkonzept in Auftrag zu geben. Grundlage hierfür war ein Gemeinschaftsprojekt im Rahmen des integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK) mit den Inselkommunen Juist, Norderney und Baltrum.

Von den beiden Planungsbüros des Regionalmanagements (REM) Tourismusdreieck, Dr. Greiser und Partner und dem Institut für Umweltforschung, wurde eine erste Projektskizze gefertigt, die der REM-Lenkungsgruppe zur Entscheidung vorgelegt wurde. Nach eingehender Beratung wurde entschieden, das Projekt für weitere kommunale Partner zu öffnen. Aus diesem Grund fand Anfang 2010 eine offene Informationsveranstaltung, unter Beteiligung eines renommierten Fachbüros, statt. Entgegen ersten Aussagen, konnten sich weder weitere Inselkommunen noch Festlandsgemeinden zu einem Projekteinstieg entschließen.

Aufgrund des oben geschilderten Sachverhalts und der Tatsache, dass auch die REM-Partner von den drei Inseln eine Beteiligung in Frage stellten, konnte im letzten Jahr kein entsprechender Förderantrag für ein Regionales Klimaschutzkonzept gestellt werden.

Die weiteren Monate wurden für einen intensiven Meinungsaustausch innerhalb des REM genutzt. Als sich nunmehr Ende letzten Jahres abzeichnete, dass es eine Wiederauflage des Förderprogramms geben würde, verständigten sich alle REM-Partner auf eine Antragstellung beim Bundesumweltministerium. Der aktuelle Sachstand kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Am 23.12.2010 stellte das REM Tourismusdreieck einen Förderantrag auf Erstellung eines gemeinsamen integrierten Klimaschutzkonzeptes für das Gebiet des REM. Der Antrag wurde dem zuständigen Projektträger Jülich, Berlin, vorgelegt. Die Antragsfrist endet am 31.03.2011. Das Antragsverfahren ist derzeit noch anhängig.
- Parallel dazu wurde am 31.01.2011 von den vier REM-Kommunen beim Klima-Bündnis e.V. eine Bewerbung als Pilotkommune im Rahmen des Projektes „Coaching Kommunalen Klimaschutz“ eingereicht.

Das Projekt wird neben dem Bundesumweltministerium auch von der Deutschen Umwelthilfe getragen. Zielsetzung ist die Unterstützung der Kommunen beim Einstieg in die strukturierte Klimaschutzarbeit.

Im Rahmen der REM-Geschäftsführung wurden das Antrags- bzw. das Bewerbungsverfahren vom Fachdienst 3.2 begleitet. Im weiteren Verfahren sind ggf. fachkundige Personen aus den vier Kommunalverwaltungen hinzuzuziehen.

Weitere Einzelheiten können in der Sitzung mündlich vorgetragen werden.

Verw.-Ang. Swyter gibt Erläuterungen zur Sitzungsvorlage.

Ratsherr Remmers verlässt die Sitzung um 19:10 Uhr.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1309/2011/3.2

Sach- und Rechtslage:

Bereits seit mehreren Jahren beteiligt sich die Verwaltung aktiv an dem Projekt „Regionales Übergangsmanagement“, das zunächst im Rahmen des „Arbeitskreises Ausbildung“ von der KVHS Norden angeschoben wurde. Mit Beschluss-Nr: 0862/2009/3.2 wurden die politischen Gremien erstmals über das Thema informiert. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit allen beteiligten Institutionen Gespräche zu führen, um für das Gebiet der Stadt Norden ein Regionales Übergangsmanagement (RÜM) einzuführen.

Die in der Folgezeit geführten Gespräche waren, mit einer Ausnahme, von Erfolg gekrönt. Alle betreffenden Institutionen sagten ihre Mitarbeit zu und es konnte mit vierzehn Partnern eine entsprechende „Vereinbarung zur Einführung und Umsetzung eines Regionalen Übergangsmanagements in Norden“ abgeschlossen werden (siehe Anlage). An dieser Stelle möchte ich stichwortartig die vereinbarten Ziele nennen:

- Langfristige Absicherung des Arbeitskräftebedarfs
- Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsplatz für möglichst jede/n SchülerIn
- Ausbildungsplatzangebot orientiert sich an den Bedürfnissen der Norder Wirtschaft
- Besonderer Augenmerk auf Arbeitskräftebedarf für Fach-/Hochschulabsolventen und Meister/Techniker
- Ausbau des Ausbildungsplatzangebots
- Langfristige Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Infrastruktur
- Demografischen Wandel als Chance für den Standort Norden nutzen
- Kein Aufbau von Doppelstrukturen

Die Handwerkskammer für Ostfriesland beteiligt sich nicht an dem Projekt, da ihren Aussagen eine partielle Interessenvertretung für den Bereich der Stadt Norden nicht im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages möglich ist.

Im Rahmen des 2. Norder Wirtschaftsgesprächs wurden die Norder Unternehmen über das Projekt „RÜM“ informiert. Von der Stadt Herden konnte eine Referentin gewonnen werden, die über die erfolgreiche Einführung und Umsetzung eines RÜM berichten konnte.

In den weiteren Sitzungen der Projektgruppe wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die eine umsetzungsorientierte Arbeit garantieren sollten. Es handelt sich hierbei um folgende AG´s:

Hochschule Emden/Leer – duales Studium

Unter Federführung der Hochschule sollen Kooperationsmöglichkeiten mit den verschiedenen weiterführenden Schulen in Norden aufgezeigt werden. In einem ersten Schritt wurde dargestellt, welches Angebot die Hochschule im Bereich des Dualen Studiums vorhält.

Patensuche für Norden

Der Verein „Verbundausbildung Ostfriesland e.V.“ möchte seine Aktivitäten auch in Norden erweitern und hat daher die Leitung der AG übernommen. Zwischenzeitlich konnten, in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Norden und der KVHS Norden, erste Paten für die Hauptschule Norden gewonnen werden.

Ausbildungsführer Norden

Aufgrund der guten Erfahrungen der Stadt Herden entschlossen sich die Projektgruppenmitglieder, eine solche Broschüre auch für den Bereich der Stadt Norden zu erarbeiten. In enger Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsforum Norden und der Verwaltung, erfolgt derzeit eine Akquise bei den Norden Unternehmen und Behörden.

AWT-/Berufsorientierungspass

Unter Leitung der Hauptschule Norden und der Verwaltung soll ein „Nachweisheft“ erarbeitet werden, mit dem die Jugendlichen ihre Aktivitäten im Bereich der Berufsorientierung darstellen können. Dies soll insbesondere den Arbeitgebern bei der Bewerberauswahl die Entscheidungsfindung erleichtern.

Neben den vorgenannten Aktivitäten wird derzeit parallel an einer Internetplattform für das Norder Übergangsmanagement gearbeitet. Erste Entwürfe liegen vor und sollen in der nächsten Projektgruppensitzung vorgestellt werden.

Auf Wunsch können in der Sitzung weitere Informationen mündlich vorgetragen werden.

Verw.-Ang. Swyter gibt Erläuterungen zur Sitzungsvorlage.

Beigeordnete Kleen verlässt die Sitzung um 19:22 Uhr.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 12 Wiedereinführung des früheren Kfz.-Kennzeichens "NOR" 1321/2011/3.2

Sach- und Rechtslage:

HISTORIE

Zum 01.07.1956 wurde in der gesamten Bundesrepublik ein neues Kennzeichensystem für Kraftfahrzeuge eingeführt. Für den damaligen Landkreis Norden wurde das Kennzeichen „NOR“ in der Straßenverkehrszulassungsordnung festgelegt. Es stellte einen hohen Wiedererkennungswert für den nordwestlichen Teil Ostfrieslands dar. Im Zuge der Kreisreform sind die Landkreise Norden (Fläche 656 qkm, 85.000 Einwohner) und Aurich (Fläche 627 qkm, 72.000 Einwohner) im Jahre 1977 zu einem neuen Landkreis zusammengelegt worden. Seit dem 01.08.1977 wird für das neue Kreisgebiet einheitlich das Kfz.-Kennzeichen „AUR“ von den Zulassungsstellen des Landkreises in Aurich und Norden ausgegeben. Das Kfz.-Kennzeichen „NOR“ (Gesetzestext in der Straßenverkehrszulassungsordnung: Noch gültiges Unterscheidungszeichen, das nicht mehr zugeteilt wird und künftig ausläuft - Abwicklung durch die Zulassungsstelle des Kreises Aurich, Außenstelle Norden), das damals schon unter werblichen Gesichtspunkten eine bekannte Marke sowie einen hohen Grad der Identität darstellte, verschwand im Laufe der Zeit bis auf einen kleinen Restbestand fast vollständig aus dem öffentlichen Verkehrsbild. Diese Entwicklung ging allerdings bundesweit einher mit den Kreis- und Gebietsreformen in den Bundesländern.

STUDIE

Die Hochschule Heilbronn hat sich unter Federführung von Prof. Dr. Rainer Bochert in einem Forschungsprojekt unter dem Arbeitstitel „Initiative Kennzeichenliberalisierung“ im vergangenen Jahr intensiv mit dem Thema befasst und eine Studie unter Einbeziehung bereits existierender Regelungen veröffentlicht. Vorbildfunktion haben dabei der Main-Kinzig-Kreis (MKK) mit der Stadt Hanau (HU) sowie der Saar-Pfalz-Kreis (HOM) mit St. Ingbert (IGB) oder Saarbrücken (SB) mit Völklingen (VK). Dort werden in einem Kreisgebiet bereits zwei Kennzeichen ausgegeben. Weitere Städte in mehreren Bundesländern wollen sich diesem Modell mit zwei oder mehreren Kfz.-Kennzeichen in einem Landkreis anschließen. 170 deutsche Städte zeigen grundsätzlich Interesse an dem Thema. Die Studie nimmt auch eine politische Bewertung der Modelle vor

und erläutert die rechtlichen Rahmenbedingungen. In 80 deutschen Städten hat die Hochschule Befragungen durchgeführt. In 17.000 persönlichen Interviews haben sich 73,3 % der Bürgerinnen und Bürger für eine Wiedereinführung ausgesprochen. 41 Städte haben inzwischen beschlossen, ihr eigenes Kennzeichen (Wiedereinführung oder Erhalt) im jeweiligen Landkreis anzustreben. Das Bundesverkehrsministerium zeigt sich generell offen und verweist jedoch darauf, dass die Organisation der Kennzeichenvergabe zunächst beim Land liege. In Mecklenburg-Vorpommern wird es ab September 2011 im Landkreis Nordvorpommern sogar drei Kennzeichen geben (NVP), HST (Hansestadt Stralsund) und RÜG (Rügen). In Niedersachsen bemühen sich bisher die Städte Alfeld (ALF), Einbeck (EIN), Neustadt am Rübenberge (NRÜ) und Syke (SY) um die Wiedereinführung ihres früheren Kennzeichens.

MARKETING

Heute geht es dabei in erster Linie um Marketing und Identität: Städte stehen heute in starkem Wettbewerb um Unternehmen, qualifizierte Arbeitnehmer, Fördermittel, Verwaltungseinrichtungen, Einwohner, Touristen und nicht zuletzt auch um Wahrnehmung. Knappe Finanzmittel und steigende Qualitätsansprüche fordern die Städte dazu auf, sich als „Marke“ aufzustellen und sich attraktiv als authentisches „Produkt“ zu vermarkten. Zielgruppen können so durch die „Marke Stadt“ klar angesprochen werden. Die Stadt Norden verkauft sich mit dem grünen „NN“-Logo und dem Slogan „Stadt auf klarem Kurs“. Diese Symboliken zur Markenbildung werden benötigt, um die Wirtschaftskraft Nordens konsequent zu stärken. Durch die Möglichkeit der Wiedereinführung des früheren Kfz.-Kennzeichens „NOR“ kann ein weiteres Symbol als Botschafter für die Stadt Norden ins öffentliche Leben transportiert werden. Ein Kfz.-Kennzeichen ist ein wichtiges Symbol, eine Stadt zu verorten. Es stiftet starke Identität nach innen und repräsentiert die Stadt nach außen. Es dient der Markenbildung und sorgt für Aufmerksamkeit. Besonders Buchstabenfolgen, die nah am Städtenamen und gut aussprechbar sind, eignen sich als Botschafter besonders gut, da so direkt auf den Städtenamen geschlossen werden kann. Die Buchstabenfolge „NOR“ ist für Norden also besonders wertvoll. Selbst 34 Jahre nach dem Auslaufen genießt das „NOR“-Kennzeichen noch einen hohen Bekanntheitsgrad. Mit Norden werden bundesweit die Nordsee, das Nordseeheilbad Norden-Norddeich, der Tee und der Doornkaat in Verbindung gebracht. Eine Wiedereinführung des „NOR“-Kennzeichens ist also ein wichtiges Symbol für das Marketing der Stadt. Die Stadt Norden könnte sich also mit einer Wiedereinführung oder Aktivierung des „NOR“-Kennzeichens einen Wahrnehmungsvorteil verschaffen.

BÜRGERNÄHE

Die örtliche Presse hat sich in den letzten Tagen intensiv mit dem Thema befasst und aus der unerwartet hohen Resonanz in der Bevölkerung ist eine überdurchschnittlich positive Stimmung festzuhalten. Die Ratsfraktion ZoB hat durch Schreiben vom 19.01.2011 beantragt, das die Stadt sich umgehend dafür einsetzen möge, das alte Autokennzeichen „NOR“ wieder zu erhalten (als Anlage beigefügt). Die Verwaltung vertritt angesichts der deutlich überwiegenden Meinung der Bürgerinnen und Bürger die Auffassung, dass hier mit Blick auf den aktuellen bundesweiten Trend ein konkreter Ansatzpunkt besteht, sich ernsthaft um die Wiedereinführung des früheren „NOR“-Kennzeichens unter marketingstrategischen Aspekten zu bemühen und damit auch mehr Bürgernähe zu praktizieren. Sollte sich der Rat der Stadt Norden mehrheitlich für eine Wiedereinführung des „NOR“-Kennzeichens aussprechen, wird das weitere Vorgehen in enger Abstimmung mit dem Landkreis Aurich und den anderen interessierten Städten sowie dem Niedersächsischen Städtetag erfolgen.

DENKMODELL

Der Landkreis Aurich würde in seiner Zulassungsstelle in Norden für Fahrzeughalter aus der Stadt Norden anstelle des „AUR“-Kennzeichens das „NOR“-Kennzeichen ausgeben. Der Verwaltungsaufwand wäre abgesehen von einer Softwareänderung kostenneutral. Technische Probleme sind nicht zu erwarten. Ein Zwang zur Ummeldung ergäbe sich nicht. Wunsch Kennzeichen würden sogar Mehreinnahmen für den Landkreis bedeuten.

Stadtamtsrat Groeneweg und Dipl.-Geograph Wiesmann geben Erläuterungen zur Sitzungsvor-

lage

Beigeordneter Wimberg verlässt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Rat der Stadt Norden spricht sich für die Wiedereinführung des früheren Kfz.-Kennzeichens „NOR“ aus. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den weiteren niedersächsischen Städten: Alfeld, Einbeck, Neustadt am Rübenberge und Syke sowie dem niedersächsischen Städtetag auf eine Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen hinzuwirken.
2. Der Landkreis Aurich wird gebeten, die Initiative der Stadt Norden zur Wiedereinführung des Kfz.-Kennzeichens „NOR“ zu unterstützen.
3. Das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr wird gebeten, für die interessierten niedersächsischen Städte eine Bundesratsinitiative zu ergreifen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	6
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu Unterbrechung der Sitzung

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 19.45 Uhr.

zu Fortsetzung der Sitzung

Die Wiederaufnahme der Sitzung beginnt am 14.02.2011 um 17:00 Uhr.

Vertretungen:

Ratsherr vor der Brüggen ist für den Ratsherrn Dr. Hagena, Ratsherr Wallow für Ratsherrn Remmers und Ratsfrau Behnke für Ratsherrn Hinrichs erschienen.

- zu 13 Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 einschließlich der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN sowie Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009**
- a) Beschlussfassung über die Jahresrechnungen und die Jahresabschlüsse
 - b) Entlastung der Bürgermeisterin
- 1265/2010/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Das gemeinsame Rechnungsprüfungsamt der Städte Aurich/Norden hat die Prüfung der Jahresrechnungen 2008 und 2009 mit dem Schlussbericht nach § 120 NGO am 08.09.2010 bzw. 16.11.2010 abgeschlossen, wobei es hinsichtlich der operativen Prüfungstätigkeit durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unterstützt wurde.

Die Prüfung der Jahresrechnungen 2007 und 2008 durch das RPA endet mit folgenden Feststellungen:

1. Der Haushaltsplan wurde eingehalten –abgesehen von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben-.
2. Die einzelnen Rechnungsbeträge wurden sachlich und rechnerisch In vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt.
3. Bei den Einnahmen und Ausgaben des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs wurde nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren.
4. Das Vermögen wurde richtig nachgewiesen.

Zu den übereinstimmenden Prüfungsbemerkungen in den Schlussberichten des RPA wird wie folgt Stellung genommen:

Textziffern 1 u. 2:

Ab dem Haushaltsjahr 2010 wurde die Verfahrensweise hinsichtlich der Abrechnung der Kindergeldleistungen dahingehend geändert, dass die monatliche Auszahlung des Gesamtbetrages der Kindergeldbeträge sowie deren Einbehaltung von der Lohn- u. Einkommensteuerschuld gegenüber dem Finanzamt nicht mehr durch Buchungen auf einem Verwahrkonto nachgewiesen wird.

Der Fehlbestand 2009 des Verwahrkontos 991038 wurde in 2010 ausgeglichen.

Der Bestätigungsvermerk in dem jeweiligen Bericht über den Jahresabschluss 2008 der kommunalen Einrichtungen Soziale Betriebe und Baubetriebshof schließt mit folgendem Wortlaut:

Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter der Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Einrichtung.

Der Bericht über den Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes SEN enthält folgenden abschließenden Prüfungsvermerk:

„Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die

Entwicklung der Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität geben zu Beanstandungen keinen Anlass. Die Stadtentwässerung Norden wird wirtschaftlich geführt.“

Es wird umseitiger Beschluss entsprechend dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes empfohlen.

Die noch ausstehenden Schlussberichte hinsichtlich der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN für das Haushaltsjahr 2009 werden unmittelbar nach deren Fertigstellung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Stimmergebnis: Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Enthaltungen:

zu Jahresrechnungen einschließlich der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN für die Haushaltsjahre 2008 und 2009
a) Beschlussfassung über die Jahresrechnungen und die Jahresabschlüsse
b) Entlastung der Bürgermeisterin
1265/2010/1.1/1

Sach- und Rechtslage:

Das gemeinsame Rechnungsprüfungsamt der Städte Aurich/Norden hat die Prüfung der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN für das Haushaltsjahr 2009 abgeschlossen und als Anlage zum Prüfungsbericht der Jahresrechnung 2009 am 10.01.2011 zur Einleitung des Entlastungsverfahrens vorgelegt.

Der Bestätigungsvermerk in dem jeweiligen Bericht über den Jahresabschluss 2009 der kommunalen Einrichtungen Soziale Betriebe und Baubetriebshof schließt mit folgendem Wortlaut:

Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter der Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Einrichtung.

Der Bericht über den Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes SEN enthält folgenden abschließenden Prüfungsvermerk:

„Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität geben zu Beanstandungen keinen Anlass. Die Stadtentwässerung wird wirtschaftlich geführt.“

Ratsherr Julius möchte wissen wofür die Rechnungsabgrenzungsposten bei den Sozialen Betrieben (Bericht 2009 Seite 7-13) verwendet wurden.

Beigeordneter Wilffang regt noch einmal die Überlegung an, ob ein gesonderter Ausweis der Sozialen Betriebe sinnvoll sei.

Es solle für die Haushaltsplanung 2012 eine Beschlusslage herbeigeführt werden. Hierzu solle eine Sitzungsvorlage seitens der Verwaltung für den nächsten Wirtschafts- und Finanzausschuss vorbereitet.

Vorsitzender Lütkehus bemerkt, dass das Guthaben (liquide Mittel) der Sozialen Betriebe sehr hoch sei. Dieses solle zukünftig für Investitionen genutzt werden.

Ratsherr Julius möchte eine Aufteilung der Umsatzerlöse des Baubetriebshofes (Seite 8-14) in Material und Fremdleistung.

FBL Harms sagt eine Aufteilung aus der Kosten- und Leistungsrechnung des Bauhofes zu.

Außerdem bittet Ratsherr Julius um Erläuterungen zu den Rückstellungen im Baubetriebshof.

FBL Harms sagt eine Antwort zu.

Vorsitzender Lütkehus hinterfragt den Sinn des Satzes „Trotz Neuerfassung und Neubewertung der Schmutz- und Regenwasserkanäle für die restlichen Bestände gibt es 2009 keine Übereinstimmung von Restbuchwerten des Anlageverzeichnisses und den Anlagekonten.“ (SEN - Seite 3-14)

FBL Harms sagt auch hier eine direkte Antwort zu.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

Die Jahresrechnungen sowie die Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 werden beschlossen. Gleichzeitig wird der Bürgermeisterin Entlastung erteilt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 14 Überörtliche Prüfung der Stadt Norden
-Haushaltsjahre 2007 bis 2009 -
1288/2011/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Die Nds. Kommunalprüfungsanstalt (NKPA) führte in der Zeit vom 26.07. bis zum 28.08.2010 die überörtliche Prüfung bei der Stadt Norden durch. Die überörtliche Prüfung hat festzustellen, ob das Haushalts- und Kassenwesen der zu prüfenden Einrichtung ordnungsgemäß und wirtschaftlich geführt wird.

Geprüft wurden die Haushaltsjahre 2007 bis 2009. Um insbesondere im Bereich der Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung zukunftsorientierte Aussagen treffen zu können, wurde – soweit erforderlich – auch das Haushaltsjahr 2010 in die Prüfung einbezogen.

Die Prüfung bei der Stadt Norden führte die Prüfungsgruppe Oldenburg 1 mit 4 Prüfern durch, wobei auch die regionalen Besonderheiten berücksichtigt wurden. Dies heißt bei der Stadt Norden, die relativ geringe Steuereinnahmekraft, die 2009 mit ca. 539 Euro je Einwohner deutlich unterhalb des Landesdurchschnitts von ca. 720 Euro lag. Es wurde festgestellt, dass die Kombination von geringer Steuereinnahmekraft einerseits und hoher Aufwendungen für die Unterhaltung der touristischen Infrastruktur andererseits – wie bei anderen Tourismusstandorten auch – die Hauptursache für eine finanzwirtschaftliche labile Situation der Stadt Norden ist.

Mit Schreiben vom 30.11.2010 übersandte die NKPA der Stadt Norden den Prüfungsbericht mit der Bitte, den wesentlichen Inhalt des Berichts (Berichtsteil III) dem Rat bekannt zu geben. Der Berichtsteil ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

FBL Harms gibt Erläuterungen zur Sitzungsvorlage.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

Der Rat nimmt Kenntnis.

**zu 15 Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen
1299/2011/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Um eine korrekte Buchung der Personalaufwendungen für den Monat Dezember 2010 im Rahmen des Jahresabschlusses vornehmen zu können, wird die Zustimmung zu folgenden überplanmäßigen Aufwendungen benötigt:

1. Aufwendungen für aktives Personal und für Versorgung im Teilhaushalt 2, Zeilen 13 und 14 in Höhe von **145.556,98 €**.
2. Aufwendungen für aktives Personal im Teilhaushalt 5, Zeile 13 in Höhe von **76.672,59 €**.

Deckungsvorschlag zu 1:

Minderaufwand für aktives Personal im Teilhaushalt 0, Zeile 13 in Höhe von **106.556,98 €** und im Teilhaushalt 4, Zeile 13 in Höhe von **39.000,00 €**.

Deckungsvorschlag zu 2:

Minderaufwand für aktives Personal und für Versorgung im Teilhaushalt 1, Zeilen 13 und 14 in Höhe von **18.672,59 €**, im Teilhaushalt 3, Zeilen 13 und 14 in Höhe von **35.000,00 €** und im Teilhaushalt 4, Zeilen 13 und 14 in Höhe von **23.000,00 €**.

Begründung:

Zum Jahresende 2010 musste festgestellt werden, dass die in 2010 vorgenommenen korrekten Zuordnungen der Buchungen von Personalaufwendungen zu den Teilhaushalten von den Planzahlen abwichen.

Diese Abweichungen ergaben sich bei der Umstellung auf den doppischen Haushalt, bei der hinsichtlich der Zuordnung zu den Teilhaushalten im Vergleich zum kameralen System Verände-

rungen aber auch zusätzliche Aufwendungen (Rückstellungen für Versorgung, Altersteilzeit u. a.) bei der Kalkulation der Personalaufwendungen zu berücksichtigen waren.

Das eingeplante Gesamtbudget „Personal“ wird nicht überschritten.

Da es sich bei den überplanmäßigen Aufwendungen lediglich um Umschichtungen zwischen den Teilhaushalten handelt, wird um Zustimmung zu dem umseitig genannten Beschlussvorschlag gebeten.

Herr Wiards erläutert die Sitzungsvorlage.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

Den überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2010 gem. § 89 NGO im Teilhaushalt 2 (Ordnung, Soziales, Bildung) hinsichtlich der Ansätze in den Zeilen 13 und 14 (Aufwendungen für aktives Personal und für Versorgung) in Höhe von 145.556,98 € und im Teilhaushalt 5 (Soziale Betriebe) hinsichtlich des Ansatzes in der Zeile 13 in Höhe von 76.672,59 € wird zugestimmt.

Deckung:

Minderaufwendungen in den Teilhaushalten 0 (Gemeindeorgane, RPA, GIB und PR), 1 (Interne Dienste), 3 (Planen, Bauen und Umwelt) und 4 (Baubetriebshof) hinsichtlich der Ansätze in den Zeilen 13 und 14 in Höhe von insgesamt 222.229,57 €.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 16 Informationen zur Bürgeranleihe
1291/2011/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Mit Antrag vom 02.12.2010 hat der FDP-Ratsherr Vor der Brüggen beantragt, die Unterdeckung des Haushalts 2011 sowie ggf. künftige Unterdeckungen nicht durch die üblichen Kredite auszugleichen, sondern dies durch die Auflage einer Bürgeranleihe zu tun (siehe Anlage). Gleichzeitig wurde eine Kopie aus der Nordsee-Zeitung vom 20.08.2009 übersandt.

Lt. Protokoll zum Tagesordnungspunkt 17- Haushaltssatzung 2011- (1249/2010/1.1) der Sitzung des Rates vom 07.12.2010 soll der Antrag des FDP-Ratsherrn T.F.v.d. Brüggen, eine Bürgeranleihe einzuführen geprüft werden. Das Ergebnis der Prüfung ist rechtzeitig vor einer möglichen Kreditaufnahme (ausgenommen tageweise aufzunehmende Kassenkredite) für 2011 im Wirtschafts- und Finanzausschuss vorzustellen.

Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Bürgerdarlehen wurden bereits in der Vergangenheit praktiziert, so auch in 2009 in der Stadt Quickborn. Auf Anregung der Bürgerschaft wurde dort die Möglichkeit eröffnet, der Stadt als Bürger ein Darlehen mit einer Laufzeit von einem Jahr und einer Verzinsung von 3 % p. a. zu

gewähren – der Minimalbetrag , den die Bürger der Stadt leihen konnten, betrug 5.000 Euro.

Die Banken- und Finanzaufsicht (BaFin) hat die Aktion noch im selben Jahr gestoppt. Die getätigten Geschäfte waren genehmigungspflichtig. Um Einlagengeschäfte zu tätigen, wird eine entsprechende Lizenz benötigt, die die Kommunen rein rechtlich nicht bekommen. Eine Alternative zum Bürgerdarlehen wären Bürgeranleihen (Inhaberschuldverschreibungen). Diese sind jedoch deutlich teurer und aufwändiger in der Herausgabe und erfordern entsprechende Rechtsberatung. Die Ausgabe wird normalerweise durch eine Bank begleitet.

Aktuell kann die Stadt z. Z. Kredite mit einer einjährigen Laufzeit von 1,4 % erhalten. Für einjährige Festgelder kann der Bürger z. Z. bis zu 2,25 % mit deutscher Einlagensicherung erhalten. Dies würde bereits für die Stadt oder für den Bürger eine Schlechterstellung von 0,85 % bedeuten. Hinzu kämen erhebliche Kosten für die Verwaltung der Darlehen (Ein- und Auszahlungen, Beratungen, Freistellungsaufträge, Erbfolgen usw.).

FBL Harms erläutert die Sitzungsvorlage und die Gründe, warum sich Bürgerdarlehen bzw. Bürgeranleihen zur Zeit nicht lohnen.

Ratsherr vor der Brüggen macht deutlich, dass der Antrag auch für die Zukunft gelten solle, wenn das Zinsniveau steige und sich das Vorhaben lohnen könne.

Beigeordneter Wimberg findet die Idee gut, die Bürger in die Verantwortung zu nehmen.

Ratsfrau Albers merkt an, dass weniger Schulden gewünscht seien und deshalb kein Anreiz für neue Schulden geschaffen werden solle.

Auch Ratsherr Look findet den Ansatz in Ordnung. Er ist der Meinung, dass durch Bürgerdarlehen/-anleihen eine Identifikation mit der Stadt möglich sei. Die Bürger würden sich dann evtl. intensiver mit den Maßnahmen der Stadt beschäftigen.

Beigeordneter Willfang merkt an, dass dann ein Bürgerhaushalt besser wäre.

Beigeordneter Wimberg regt an das Thema Bürgerhaushalt in der nächsten Sitzung zu thematisieren.

Ratsfrau Albers will hinsichtlich der Einführung eines Bürgerhaushalts einen neuen Antrag stellen.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss beschließt:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 17 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 18 Anfragen

Ratsherr Look erkundigt sich, ob die Planfeststellung des Badepolders durchgeführt werden soll bzw. möchte er wissen, ob dieses schon auf den Weg gebracht wurde.

Ratsfrau Albers möchte wissen, wie der Küchenbetrieb im Kindergarten Hooge Riege zukünftig geregelt werde, da ab März zwei Küchenkräfte nicht mehr beschäftigt würden, die Erzieherinnen dieses aber nicht zusätzlich leisten können.

Beigeordneter Wiltfang fragt, wie der Passus im Gesellschaftervertrag (§ 9 Abs. 2 Nr. 3) gesehen werden muss, denn für die Kreditaufnahmen der Wirtschaftsbetriebe sei ein Ratsbeschluss erforderlich, allerdings würden teilweise schon Auszahlungen getätigt, die im Zusammenhang mit der Investition stehen.

Ratsherr vor der Brüggen bemängelt das Vorgehen in Sachen Rechnungsprüfungsamt. Die Angelegenheit sollte ursprünglich zunächst im Wirtschafts- und Finanzausschuss erörtert werden.

Auch Beigeordneter Wiltfang bemängelt die Beantwortung der gestellten Anfrage zu den Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes.

FBL Harms erklärt kurz die Notwendigkeit des Vorgehens und sagt weitere Erläuterungen zu.

Beigeordneter Wiltfang möchte wissen, ob die Änderung der Eigenbetriebsverordnung Auswirkungen auf den Eigenbetrieb Stadtentwässerung habe. Außerdem fragt er nach den Auswirkungen für Norden durch die CO₂-Speicherung.

zu 19 Wünsche und Anregungen

Keine.

zu 20 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:00 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

-Lütkehus-

-Schlag-

-Wiards-